

**SPD****Barmbeker  
KURS**

Inhalt:	Seite
03.05.07 - Ein großer Tag für den Distrikt	1
Alte Tante SPD, war .../ Wahlkampfauftakt	2
G8- Ergebnisse?/ Etwas neues .../Spenden	3
Die Kluft zwischen der Bezahlung von ...	4
Kinderspielplatz?/Wahlkampf/5	
Termine / Vorstand / Impressum	6

**Die Mitgliederzeitung  
der SPD  
Barmbek-Mitte  
Ausgabe Nr. 4 / 2007  
Juli / August**

## 3. Mai 2007 – ein großer Tag für unseren Distrikt !

Wenn das Ergebnis der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungen im Februar nur annähernd so ausfällt, wie zuletzt bzw. wie es prognostiziert wird, was längst nicht gut ist, dann wird der Stadtteil und unser Distrikt so gut wie noch nie vertreten sein.

Der Reihe nach: am 3. Mai fanden sich über 170 GenossInnen aus den vier Barmbeker Distrikten in der Aula der Schule an der Brucknerstrasse ein, um zum ersten Mal in einer Vollversammlung über die Kandidierenden für die die Bürgerschaft bzw. Bezirksversammlung abzustimmen.

Um Platz 1 auf der Wahlkreisliste konkurrierten neben den Amtsinhaber Willi Buss auch die Genossen Uwe Brinkmann und Ralf-Georg Gronau aus BUH. Den ersten Wahlgang entschied Willi mit 71 Stimmen knapp für sich (Uwe erhielt 67, Ralf 31), verfehlte aber die erforderliche Mehrheit. Ralf bedankte sich für die Unterstützung seiner Kandidatur und empfahl Willi im folgenden Wahlgang, der ihn dann auch klar mit 102 zu 67 Stimmen auf Platz 1 der Wahlkreisliste hob.

Auf Platz 2 kandidierten dann zwei Frauen gegeneinander: Renate Kleinfeld aus BUH und Ksenija Bekkeris, unsere Distriktvorsitzende. Ksenija machte klar, wofür sie steht und für wen sie einzustehen bereit ist: diejenigen, die es in unserer Gesellschaft besonders schwer haben: Kinder aus armen Familien, Familien mit allzu großer Bildungsferne, vereinsamende Alte. Der rote Faden, den die Politik unseres Distriktes beschreibt, nämlich „Integration“ im weitesten Sinne gegen die ständige Ausgrenzung und Vereinzelung im Zeitalter des Neoliberalismus,

wurde von ihr weiter gesponnen und fand auch großen Anklang in der Versammlung: Sie gewann den zweiten Listenplatz mit 98 zu 62 Stimmen. Auf die folgenden Plätze wurden gewählt: Michael Hüttel (3), Verena Blix (4), Ralf-Georg Gronau (5) und Chris Leineweber (6).

Besonders erfreulich ist die Wahlkreisliste für die Bezirksversammlung: neben dem Listenführer, dem erfahrensten Abgeordneten, Neidhard Genz, konnten wir Funda Gür für die Kandidatur gewinnen, welche auch auf Antrieb auf

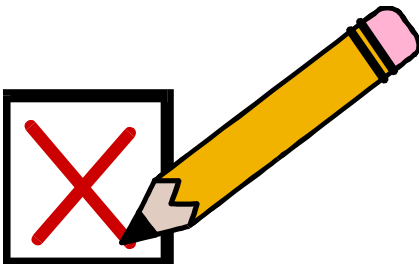
Platz vier gewählt wurde. Funda, Abgeordnete assistentin der migrationspolitischen Sprecherin Aydan Özogus, alleinerziehende Mutter zweier Töchter, geradezu „klassisch als Gastar-

beitertochter in St. Georg“ aufgewachsen, engagiert in der Elternarbeit an der Schule, wird sich nun verstärkt kommunalpolitischen Themen widmen, „dort wo die Menschen sind“. Wie eingangs erwähnt: kommt die SPD auf ein nur durchschnittliches Ergebnis, dann wird der Distrikt erstmalig mit einer Bürgerschafts- und zwei Bezirksversammlungsabgeordneten Menschen, Stadtteil und Partei vertreten können.

Schlechte Verlierer – Anfechtung gescheitert

Der Genosse Brinkmann aus BUH, einige erinnern sich noch an seine Mitgliedschaft in unserem Distrikt, kandidierte für die Bürgerschaft noch für die Plätze 3, 5 und 6, unterlag aber jedes Mal deutlich. Dies hinderte ihn und einige Mitglieder aus seinem Distrikt nicht daran, zwei Wochen später eine Anfechtung der Wahlen einzubrin-

gen. Kernpunkt war die „Nichtzulassung“ zur Wahl auf Listenplatz 2. Die Partei hat die Quote, die eine wechselnde Kandidatur – zumindest auf den vorderen Plätzen – vorsieht. Auf der Kreisvorstandssitzung wurde die Anfechtung dann auch in allen Punkten als unzulässig und unbegründet abgelehnt. Denn das Wahlrecht lässt explizit parteiinterne Regelungen, wie die Quote nun mal eine ist, zu. Auch so hanebüchene Anfechtungspunkte, dass nicht zum richtigen Ort eingeladen worden sei, führten nicht zum gewünschten Erfolg. Wir sehen der Verhandlung vor dem Landesschiedsgericht mit entspannter Erwartung entgegen. Allerdings stellt sich die Frage, warum jemand sowohl für Platz 1 wie auch für Platz 6 (bei einem 5-Personen-Wahlkreis) kandidiert? Hat Uwe gehofft, vom zukünftigen Kumulieren und Panaschieren (Stimmenhäufung) derartig profitieren zu können? Oder wollte er nachhelfen mit einer persönlichen Wahlkampagne, die jedes parteiinterne Fairnessabkommen ad absurdum geführt hätte? Immerhin verfügt er über ausgezeichnete Kontakte zum Bundestagsabgeordneten, der ihm sicherlich mit einigen hundert Stellschildern mit seinem Konterfei ausgeholfen hätte. Und wie soll Uwe bei einer erneuten Wahl zum Zuge kommen bei den eindeutigen Mehrheitsverhältnissen? Kurz nach der Anfechtung hatten wir zwei Neueintritte bzw. Umzüge zu vermelden, bei denen es nicht mit rechten Dingen zuging, was übrigens auch leider schon vor der Wahl passierte. Wir sagen: so nicht ! Nicht hier, nicht bei uns, nicht jetzt, niemals mehr ! Dieses „System“, welches dem Distrikt vor einigen Jahren schon mal schaden sollte, wird nie wieder verfangen !



Kai Ermes

# Alte Tante SPD, war das schon alles?

Die SPD galt eins als Vorreiterin der Gleichstellungspolitik. Bereits 1891 im Erfurter Grundsatzprogramm forderten Sozialistinnen und Sozialdemokratinnen die „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.“ Worum geht es im Jahr 2007 noch? Nicht um das Recht wählen zu dürfen oder berufstätig zu sein. Es geht um unsichtbare Mauern, gegen die wir ankämpfen und um gläserne Decken, die wir durchbrechen wollen.

„Das Leben in Partnerschaft“ als Ziel und „Gender Mainstreaming“ als Mittel der Wahl, wie es im Bremer Entwurf für das neue SPD-Grundsatzprogramm formuliert wird, treffen den Kern der Sache jedoch nicht. Gleiche Rechte und Möglichkeiten *de jure* reichen noch lange nicht aus, um Männer und Frauen auch *de facto* gleich zu stellen.

## Uns reicht das nicht – Gute Arbeit für gutes Geld!

Frauen schließen ihre Ausbildungen häufiger und besser ab. Zwar sind Frauen genauso oft am Start, aber seltener am Ziel. Arbeit in schlecht bezahlten Branchen statt Führungsjobs ist für die meisten Frauen Realität. Die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns ist der erste Schritt. Gute Arbeit für alle heißt: existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und dauerhafte Beschäftigung zu fördern. Das ist moderne Gleichstellungspolitik.

## Uns reicht das nicht – Arbeitszeit verkürzen!

Wenn Frauen (länger) arbeiten und Männer Kinder betreuen sollen, brauchen wir eine Umverteilung von Arbeitszeit. Gleichstellung bedeutet, dass keiner mehr nur für die Arbeit lebt oder fürs Leben arbeiten muss.

## Uns reicht das nicht – Selbstbestimmung statt Diskriminierung!

Wir wollen selbst entscheiden, wie wir leben und arbeiten wollen. Wir wollen eine Politik, die Ehe nicht als Versorgungsinstitution sieht. Der Staat fördert Abhängigkeit und Ungleichheit statt Selbstbestimmung und Gleichstellung. Wir brauchen kein Eheprivileg, dass diese Rückwärtsgewandtheit festschreibt. Des-

halb muss das Ehegattensplitting abgeschafft und die Familienmitversicherung in individuelle Versicherungs-Ansprüche für Frauen transformiert werden.

## Uns reicht das nicht – Elternzeit fifty-fifty aufteilen!

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist kein „Frauenproblem“. Wenn der Rückzug aus dem Arbeitsmarkt moralisch gefordert und gesetzlich gefördert wird, jedoch schon. Gleichstellung ist, wenn Frauen und Männer gleichermaßen Familie leben und erwerbstätig sein können. „Use it or lose it“ muss deshalb das Motto heißen: Wer die Elternzeit nicht fifty-fifty zwischen Vater und Mutter splittet, verliert den Anspruch auf die Zahlung des Elterngeldes.

## Uns reicht das nicht – Macht statt Möglichkeiten!

Wenn in den Chefsesseln der 30 größten DAX-Unternehmen keine Frau sitzt, nützt uns unser Studienabschluss wenig. Wenn in den 100 größten deutschen Unternehmen nur eine Frau die wichtigen Entscheidungen trifft, helfen formale Rechte wenig. Wir wollen eine Quote für die Besetzung von Aufsichtsräten, bei Professuren sowie bei der Besetzung von Ministerien. Dort, wo nicht mindestens die Hälfte der Posten mit Frauen besetzt wird, sind Sanktionen nötig, damit wir nicht mehr besser sein müssen, um gleich gut zu sein.

## Uns reicht das nicht – Qualifikationen stärken!

Noch immer führt die Berufswahl trotz der besseren Bildungsabschlüsse von jungen Frauen zu schlechteren Löhnen, geringeren Aufstiegschancen und weniger Anerkennung. Gleichstellung ist, wenn im Arbeitsmarkt keine Unterschiede mehr zwischen typisch weiblichen oder typisch männlichen Berufen gemacht werden. Freie Entscheidung und die individuelle Förderung von Talenten statt verkrustete Rollenverteilung ist das Ziel. Wir fordern deshalb die geschlechterkritische Überarbeitung der Berufsbildbeschrei-

bungen, der unterschiedlichen Systeme der Berufsausbildung sowie die damit verbundene Bewertung von Tätigkeiten.

Seit dem Frauenwahlrecht, gleichem Bildungszugang, fast-freier Abtreibungsentscheidung und der ersten behördlichen Gleichstellungsbeauftragten haben sich die Strukturen, die die Gesellschaft zur männlichen macht(t)en, verschoben. Aufgelöst sind sie noch lange nicht. Wer die Gesellschaft gerecht denken will, muss daher ändern, was sie männlich macht. Ohne diesen Anspruch ist ein Grundsatzprogramm kein sozialdemokratisches. Für uns jedenfalls.

Deshalb haben Juso- und ASF-Frauen in der SPD die Initiative für ein neues Gleichstellungskapitel gestartet. Wer die Initiative unterstützen will kann online unter:

[www.neues-gleichstellungskapitel.de](http://www.neues-gleichstellungskapitel.de)  
unterzeichnen.



Claudia Bogedan

## Wahlkampfauftakt: Unser Sommerfest 26. August 2007

Der Wahlkampf beginnt schon diesen Sommer für den Wahlkreis 09 Barmbek-Dulsberg-Uhlenhorst.

Unser traditionelles Sommerfest auf dem Biedermannplatz bildet an oben genannten Sonntag den Auftakt. Es findet von 14 – 18 Uhr statt und alle vier Distrikte machen mit.

Aufbau ist ab 12 Uhr und wir brauchen wieder jede Menge Mitglieder, die auf- und abbauen, Stände betreuen, Getränke verkaufen, Gespräche führen.

Vorab brauchen wir Spenden für unsere Tombola, die unsere Wahlkampfkasse aufbessern soll.

Bitte wendet Euch an Ksenija, die nimmt Angebote an Hilfen und Spenden gerne an: 69454187



Kai Ermes

# G8 – Ergebnisse? Und viele friedliche DemonstrantInnen



Es muss genau hingeschaut werden, wenn ein differenziertes Urteil zu den Ergebnissen des G8-Gipfels gefällt wird. Es braucht mehr Mut, auszusprechen, was wirklich ist und Erfolg und Mißerfolg muss klar benannt werden. Zu kritisieren ist z.B., dass die wirkliche Substanz bei den Verabredungen zur Klimapolitik ausgeblieben ist. Unverbindliche Zielsetzungen für das Jahr 2050 fallen hinter das unbedingt Notwendige und schon Erreichte zurück.

Selbstverständlichkeiten bedeuten noch keinen Erfolg, auch wenn die Bundeskanzlerin uns dies weismachen möchte. Ein Durchbruch muss



## Etwas neues muss her

Sechs Jahren lang, oder mehr als 30 Ausgaben, habe ich nun den Posten als „Chef“redakteur ausgefüllt und dieser Zeitung meinen Stempel aufgedrückt. Nun ist, meiner Meinung nach, die Zeit gekommen von der an ein anderer seinen Stempel auf diese Zeitung drücken sollte.

Stillstand ist selten gut und deshalb glaube ich, dass auch unsere Distriktszeitung eine Veränderung vertragen könnte. Aus diesem Grund wird diese Ausgabe die Letzte sein die meine „Handschrift“ trägt.

Ich Danke allen Leserinnen und Lesern für die entgegen gebrauchte Nachsicht bei den sich zu häufig eingeschlichenen Rechtschreibfeh-

mehr sein als die unverbindliche Absicht, eine „Prüfung zu erwägen“ (Bush). Politische Strategie ist dabei mehr als Schönrede. Nur wer differenziert, macht echten Fortschritt möglich.

Nicht nur die GipfelteilnehmerInnen, sondern auch friedliche DemonstrantInnen haben die Berichterstattung über den G8-Gipfel geprägt. Sie erinnern uns daran, dass zu „Good Governance“ nicht nur die Regierungen, sondern auch die Zivilgesell-



schaft gehören. Der Dialog zwischen beiden ist für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt weltweit unabdingbar. Die Gewalttäter aus dem schwarzen Block machen diesen Dialog kaputt. Um so wichtiger, dass sich die OrganisatorInnen der friedlichen Demonstrationen so eindeutig wie noch nie von den Gewalttätern distanzieren haben.

Manche Hardliner aus dem

lernen. Ebenso möchte ich mich bei Euch dafür bedanken, dass Ihr Euch nur ganz selten, wenn dann aber zurecht, über und bei die Macher dieser Zeitung beschwert habt. Danke für sechs schöne Jahre!

Ich wünsche der Person, die diesen „Job“ nun übernimmt alles Gute und hoffe sie wird genauso viel Spaß bei der Erstellung von vielen Zeitungen haben, wie ich hatte. Ärgere Dich nicht wenn die Texte nicht rechtzeitig eintreffen, das zwar nicht schön kommt aber dennoch häufiger vor.



Kay - Uwe von Appen



schwarzen Parteienblock standen in ihrem Bemühen, den Gipfel für ganz eigene Zwecke auszunutzen, manchen DemonstrantInnen aber nicht nach: Der Einsatz von Tornado-Flugzeugen hat hier jedes Maß überschritten. Die Trennung von Polizei- und Verteidigungsaufgaben ist ein Verfassungswert. Die Strategie von Schäuble und Jung zur Aufweichung von klaren bürgerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Prinzipien müssen wir schärfsten ablehnen.



Ksenija Bekeris

## Spendenaufwurf erfolgreich !

**Danke ! Danke ! Danke !**

Der ärmste Distrikt waren wir mal – nun nicht mehr !

Die ehem. Mieterinitiative Pro-Block, im wesentlichen aus alten Sozialdemokraten bestehend, hat ihr Konto aufgelöst und es uns zugute kommen lassen.

An Marlies Riebe vielen Dank für ihre Überzeugungskraft. So kamen 1.084 € in die Distriktskasse.

Auch vielen Dank an Mechthild Leonhards-Schir (250 €) und Werner und Betti Riebe (50 €).

Kay-Uwe und seine Eltern kennen die Nöte unseres Distriktes schon lange und haben jetzt, wie auch schon in den Jahren zuvor – nicht zuletzt wegen der Qualität des „Barmbeker Kurs“ – unseren Distrikt finanziell unterstützt (160€).

Damit und durch zahlreiche Einsparmaßnahmen haben wir wieder Handlungsfreiheit geschaffen – für weiterhin gute Politik.

Nochmals vielen herzlichen Dank für Eure Solidarität !



Kai Ermes

# Gender pay gap

## Die Kluft zwischen der Bezahlung von Männern und Frauen

„Jeder Mitgliedstaat wird .... den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden.“

Das Zitat aus den römischen Verträgen vom 25. März 1957 erstaunt. Es war aber keineswegs wegen der noch wenig ausgeprägten Frauenrechte jener Zeit festgelegt worden, sondern weil die französischen Unternehmen Wettbewerbsverzerrungen befürchteten. Sie waren gesetzlich zur Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen verpflichtet, während in den anderen EWG-Staaten die weiblichen Beschäftigten bis zu 30 % schlechter bezahlt wurden.

Erst 1975 im internationalen Jahr der Frau wurde der Grundsatz präzisiert und das Recht für

„gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den EG-Vertrag aufgenommen. Arbeit die „als gleichwertig“ anerkannt wird (EU-Ratslinie vom 10. Februar 1975) durfte nun in den Mitgliedstaaten nicht mehr schlechter bezahlt werden, weil sie überwiegend von Frauen verrichtet wurde. Auch sollte mit dieser Richtlinie die „Beseitigung jeder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in Bezug auf jegliche Entgeltbestandteile und –bedingungen“ erfolgen.

Wie weit wir damit bis heute gekommen sind, zeigt der neueste, Anfang März vorgelegte Bericht der EU-Kommission:

im Schnitt 15 % weniger Lohn - nur in 6 von 25 Ländern beträgt der Unterschied 10% oder weniger (Belgien, Griechenland, Italien, Portugal, Malta, Slowenien); Deutschland 22 %; schlechter als wir: Estland, Slowakei, Zypern.

Die gestiegenen Qualifikationen der Frauen ändern daran offenbar wenig: Die Entgeltdifferenz sank zwischen 1977 und 1997 lediglich um 2,9 %. Astrid Ziegler vom WSI-FrauenDatenReport 2005: „Bezogen auf die zehn am höchsten dotierten Berufe hören die Einkommen gut verdienender Frauen dort auf, wo die der Männer erst anfangen.“

### Woran liegt es?

In Westdeutschland lassen sich 2/3tel, in Ostdeutschland sogar 3/4tel strukturell-diskriminierenden

Faktoren zuordnen:

- Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit häufiger als Männer
- Konzentration auf schlecht bezahlte Branchen
- Die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in 5 von insgesamt 87 Berufsgruppen (und das sind zugleich die Branchen mit den geringsten Löhnen)
- Die Hälfte der weiblichen Auszubildenden verteilt sich auf 10 von 350 möglichen Lehrberufen

„Frauen verdienen weniger, weil sie Frauenarbeiten verrichten, und Frauenarbeiten werden geringer bezahlt, weil sie von Frauen ausgeübt werden,“ so die Sozialpsychologinnen Sharon T. Schepela und Ann T. Viviano Mitte der 1980er Jahre zur ungleichen Bewertung von Entgeltstrukturen vor allem in der Privatwirtschaft, aber auch im öffentlichen Dienst. Obwohl Frauenjobs, was Anforderungen und Belastungen angeht, denen der Männer vergleichbar sind, werden sie geringer eingestuft.

Für mich persönlich – aber ich finde mich da in der Gesellschaft vieler Frauen – und Männer (auch mit den Jusos wie ich erfreut festgestellt habe) – kommt als strukturelles Problem noch unsere Ehegattenbesteuerung hinzu. Durch die verheerende Wirkung des Ehegattensplittings, das in der Steuerklasse V seinen sichtbaren Ausdruck findet, lohnt es sich für viele Frauen nicht, auf einer höheren Entlohnung zu bestehen, durch die scharfe Steuerprogression und die dann höheren Sozialversicherungsbeiträge, bleibt nicht viel oder auch nichts vom Zuwachs übrig.

### Was kann helfen?

Frauen müssen sich besser vernetzen. Sie müssen den Gewerkschaften beitreten und dort Funktionen übernehmen. Denn bei den Tarifverträgen ist Entgeltgleichheit nur ein Ziel unter vielen. Es wird mit Sicherheit keine Umverteilung zugunsten der Frauen geben, es sei denn Frauen hätten die Macht

in den Gewerkschaften. Aber sie können durch die Übernahme von Funktionen und damit mehr Mitsprache sehr wohl dafür sorgen, dass wenigstens langfristig eine Angleichung erfolgt.

Sie müssen verstärkt Positionen und damit Einfluss in den Parteien erringen, indem sie weitere Frauen für ihre Ziele gewinnen, Anträge auf Gesetzesänderungen initiieren, diese auf Parteitagen und in Parteiprogrammen und schließlich im Parlament durchsetzen.

Gesetze können zur Verbesserung beitragen. Am 1. Juli 1996 trat in der Schweiz das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Mann und Frau in Kraft, das auch ein allgemeines Diskriminierungsverbot im Bereich der Erwerbsarbeit und ein Verbandsklagerecht umfasst. Seitdem kamen 159 Klagen wegen Lohndiskriminierung vor Gericht. Neben zahlreichen Höherstufungen und Lohnnachzahlungen für die klagenden Frauen hatte das einen weiteren Effekt: die Bereitschaft der Arbeitgeber nahm zu diskriminierungsfreie Arbeitsbewertungssysteme zu entwickeln.

Es ist also möglich, auch ohne Eingriff in die Tarifautonomie bessere Bedingungen zu schaffen. Ein Entgeltgleichheits-Durchsetzungsgesetz, wie es die ehemalige Arbeitsministerin von Hessen Heide Pfarr vor Jahren vorgeschlagen hatte, bietet sich an. Danach müssten Tarifvertragsparteien und Unternehmen in einem vorgegebenen Zeitrahmen überprüfen, ob ihre Entlohnung diskriminierungsfrei ist und sie ggf. verändern.

Auch muss der Druck auf die Bundesregierung verstärkt werden, unsere Ehegattenbesteuerung zu ändern, wie es EU und OECD bereits in regelmäßigen Abständen fordern. Da sind Frauen und Männer gleichermaßen aufgerufen, denn auch Männer sind Opfer der darin enthaltenen Ungerechtigkeiten, wenn sie in einer Beidverdiener-Ehe leben.

Helga Schulz  
(Hamburger AsF-Vorsitzende)  
(gekürzter Text)



Helga Schulz

# Friedrichsberger Straße – Brauchen wir dort einen neuen Kinderspielplatz?

An der Friedrichsberger Straße soll ein neuer Kinderspielplatz gebaut werden.

Hintergrund dafür ist, dass der CDU-Senat seit kurzem sein Herz für die aktive Stadtteilentwicklung entdeckt hat. ‚Lebenswerte Stadt Hamburg‘ heißt das neue Motto.

Noch vor den kommenden Wahlen sollen ca. 100000 EUR für sechs Stadtteile ausgegeben werden, um diese rechtzeitig noch etwas aufzuhübschen. In unserem Distrikt zählt das Quartier Dehnhaid / Friedrichsberg dazu.

Die entsprechenden Projekte haben die Senatsbehörden auch gleich mitgeliefert, ohne vorher einmal mit den Bürgerinnen, Bürgern des Stadtteils oder dem Stadtteilrat gesprochen zu haben.

So ist vorgesehen, an der Friedrichsberger Straße einen neuen Kinderspielplatz zu bauen, - zur Integration des neuen Wohngebiets auf dem Gelände des AK Eilbek, so die offizielle Lesart - obwohl es dort bereits seit vielen Jahren einen gut besuchten Spielplatz gibt.

Die Frage, die sich die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Kommunalpolitiker stellen, lautet deshalb: Ist ein solches Vorhaben an dieser Stelle überhaupt sinnvoll oder wären die entsprechenden finanziellen Mittel anderenorts nicht viel notwendiger wie z. B. für die seit Jahren geforderte Fußgängerampel über die Hamburger Straße in der Höhe des Südausgangs des U-Bahnhofes Dehnhaid?

## Liebe Genossinnen und Genossen,

manchmal frage ich mich, ist meine Partei noch die Partei die die Grundsätze „Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit“ sich als oberstes und erstrebenswertes Ziel gesetzt hat, ist das noch die SPD? Mir macht es Bange, wenn ich erlebe, dass langjährige Genossinnen und Genossen unsere Partei verlassen.. Woran liegt das, dass die Zahl unserer Mitglieder immer geringer wird? Es ist nichts anderes, als dass was uns als Reformen verkauft wird in Wirklichkeit immer eine Belastung oder Zumutung der betroffenen Menschen ist.

Um mehr Informationen zu diesem geplanten Spielplatz zu erhalten, haben wir folgende Anfrage in die Bezirksversammlung eingebracht:



Im Rahmen des Projektes ‚Lebenswerte Stadt Hamburg‘ ist im Entwicklungsquartier Barmbek-Süd / Friedrichsberg der Bau eines neuen Spielplatzes in der Friedrichsberger Straße vorgesehen. (s. hierzu Anlage zur Drucksache 0703-1 / 06 - BV 16. 11. 2006 TOP 7.5).

In der Friedrichsberger Straße (Höhe Lortzingstraße) befindet sich aber ein intakter und von den Kindern des Wohngebiets genutzter Spielplatz; außerdem direkt daneben eine öffentliche Schachspielfläche.

Dieser Spielplatz soll voraussichtlich nach Fertigstellung des neuen aufgegeben werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir

Gerade ältere Menschen wird doch so manches angetan. In Zukunft soll der Mensch mit 67 Jahre erst die Rente erhalten. Dabei bekommt heute der 50 jährige doch schon keine Arbeit mehr.

Mit der Gesundheitsreform wird der Versicherte vor vollendeten Tatsachen gestellt. Ältere Menschen die z.Bspl. bei der AOK versichert sind, werden nicht mehr die vom behandelten Arzt verschriebenen bekommen, sondern entsprechende Generika. Bei der nun vom Bundestag verabschiedeten Pflegeversicherung wird der Beitrag um 0,25% Punkte erhöht werden. Die Menschen die in Arbeit stehen, soll diese Erhöhung durch einen niederen Beitragssatz bei der Arbeitslosenversicherung zurück gegeben werden, Bei den Rentnern heißt es, sie werden dafür im Jahre 2008 eine Rentenerhöhung erhalten. Dabei haben ge-

die Verwaltung:

1. Welche Gründe sprechen dagegen, den vorhandenen Spielplatz und die benachbarte Schachspielfläche in die Überlegungen für das neue Spielplatzangebot einzubeziehen und ggf. zu erweitern?

2. Worin soll sich der neue Spielplatz von dem vorhandenen unterscheiden (Größe, Ausstattung, Lage)?

3. Wo genau in der Friedrichsberger Straße soll der neue Spielplatz gebaut werden?

4. Welche Überlegungen gibt es bezüglich der Nutzung des Geländes des bisherigen Spielplatzes und der Schachspielfläche nach der Fertigstellung des neuen Spielplatzes?

5. Wie hoch werden die Kosten sein  
a. Für den Bau des neuen Spielplatzes?

b. Für den Abbau des bisherigen Spielplatzes und die Herrichtung dieser Fläche?

Die Antworten auf unsere Anfrage lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.



Neithard Genz

rade unsere Rentenbezieher seit Jahren keine Erhöhung bekommen außer in diesem Jahre in Höhe von 4-6 Euro.

All diese wird auch noch von den Sozialdemokratischen Ministern in der Öffentlichkeit propagiert. Die CDU weiß genau warum sie sich an der Öffentlichkeitsarbeit nicht beteiligt. Die Prügel, siehe oben, beziehen wir ganz alleine.

Austreten aus der Partei ist meiner Meinung nicht der richtige Weg. Mithelfen das eine andere Politik in Zukunft gemacht wird. Gelegenheit dazu hat jedes Mitglied in verschiedenen Möglichkeiten...

Mit den besten Grüßen

Werner Kiebel

Kreisvorsitzender der AG 60 plus.



Werner Kiebel

# Termine & Veranstaltungen

Die folgenden Veranstaltungen sind auch immer selbstverständlich Einladungen!!! Dies gilt auch weiterhin für die Vorstandssitzungen !

- Nichtmitglieder können zu den Mitgliederversammlungen gerne kommen bzw. mitgebracht werden -

30.06. Workshop zum Grundsatzprogramm von 10-16.30 im Kreishaus Nord, Am Hasenberge 44; ReferentInnen u.a. Wolfgang Rose, Jutta Blankau, Christa Randzio-Plath

04.07. AG 60 Plus Kreisvorstand im Kreishaus Nord, Am Hasenberge 44; fällt wegen der Sommerpause aus

03.07. Mitgliederversammlung im Kirchenkeller, 19.30, Wohldorfer Str. 30b; Seniorenpolitik in Hamburg, Referent: Dietrich Lemke

12.07. Jusogruppenvorstand, 19.00; Thema und Ort bitte bei Nina Behlert erfragen (Tel.: siehe Vorstandskasten links)

17.07. Distriktsvorstand, 19.30

26.07. Jusogruppe, 19.00; Thema und Ort bitte bei Nina Behlert erfragen (Tel.: siehe Vorstandskasten links)

01.07. AG 60 Plus Kreisvorstand im Kreishaus Nord, Am Hasenberge 44; 10.00, Thema bitte bei Werner Kiebel erfragen (Tel.: siehe Vorstandskasten links)

07.08. Mitgliederversammlung im Kirchenkeller, 19.30; im Anschluss gemütlicher Ausklang bei Wein, Bier oder Selters im Kirchenkeller

09.08. Jusogruppenvorstand, 19.00; Thema und Ort bitte bei Nina Behlert erfragen (Tel.: siehe Vorstandskasten links)

21.08. Distriktsvorstand, 19.30

22.08. Redaktionsschluss

26.08. Sommerfest unseres Distrikts auf dem Biedermannplatz, ab 14 Uhr; **Es werden noch Helfer gesucht!!!**

30.08. Jusogruppe, 19.00; Thema und Ort bitte bei Nina Behlert erfragen (Tel.: siehe Vorstandskasten links)

## Der Vorstand:

Vorsitzende  
**Ksenija Bekeris** (69 45 41 87 )

Stellvertretende Vorsitzender  
**Kai Ermes** (20 97 08 76 )

Schatzmeister  
**Ernst-Arno Eggerstedt** (29 06 15 )

Beisitzende  
**Neithard Genz** (6 90 76 93 )  
Schriftführer

**Helga Kuhlmann** (2 99 39 71 )  
ArbeitnehmerInnen Fragen

**Werner Kiebel** (2 99 78 83 )  
Neue Medien & AG60plus

**Nina Behlert** (23 84 80 47 )  
Jugendpolitik

**Söhnke Greite** (32 03 16 62 )  
Wirtschaft & Soziales, Europapolitik

**Helga Kniffka** (2 70 03 45 )  
Kultur- und Sozialpolitik

**Ralf Teuchert** (29 07 99 )  
Umwelt- und Naturschutz

**Axel Andersson** (2 99 16 20 )  
Energiepolitik

**Kay-Uwe von Appen** (29 57 31 )  
Barmbeker Kurs

## Im Internet:

[www.spd-barmbek-mitte.de](http://www.spd-barmbek-mitte.de)

**Für Spenden an den  
Distrikt Barmbek-Mitte**

**Bankleitzahl : 200 505 50 (Haspa)  
Konto - Nr. 1240 / 125 300**

## Redaktionsschluss

für die nächste Ausgabe:

**Mittwoch 22.08.2007**

Beiträge bitte erst mal an

**Ksenija Bekeris  
Käthnerort 1  
22083 Hamburg**

Oder per E-Mail :  
**Ksenijabekeris@yahoo.de**

**Wichtiger Hinweis:** Nicht jeder Artikel gibt unbedingt die Meinung des Vorstandes bzw. der Redaktion wieder. Kürzungen bzw. nicht Veröffentlichung behält sich die Redaktion vor. Leserbriefe sind ausdrücklich erwünscht! **Beiträge ohne Namensnennungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht !**

### Impressum:

**Layout:** K. Ermes, K.-U. v. Appen,  
**Redaktion:** K. Ermes, R. Teuchert, K. Bekeris,  
K.-U. v. Appen

**Auflage:** 150 Stück  
**V.i.S.d.P.:** SPD Barmbek-Mitte,  
Am Hasenberge 44 , 22337 Hamburg